

Pressemitteilung

Nr.: 345/2021

Potsdam, 17. Juni 2021

Henning-von-Tresckow-Straße 2-13
14467 Potsdam

Pressesprecher: Gabriel Hesse

Telefon: +49 331 866-5040

Mobil: +49 170 45 38 688

Internet: <https://msgiv.brandenburg.de>

Twitter: https://twitter.com/MSGIV_BB

Mail: presse@msgiv.brandenburg.de

Integrationsbeauftragte von Berlin und Brandenburg fordern mehr Sichtbarkeit für Belange polnischstämmiger Bürgerinnen und Bürger

30 Jahre deutsch-polnischer Nachbarschaftsvertrag

Anlässlich des 30-jährigen Bestehens des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags fordern die Integrationsbeauftragten von Berlin und Brandenburg, Katarina Niewiedzial und Doris Lemmermeier, einen stärkeren Fokus auf die vielfältigen Belange polnischstämmiger Bürgerinnen und Bürger der Hauptstadt- und Grenzregion.

Die **polnische Community** stellt die **zweitgrößte Einwanderungsgruppe** in Deutschland dar. In Berlin leben gegenwärtig 55.996 Polinnen und Polen. Hinzu kommen 57.443 Menschen, die einen polnischen Migrationshintergrund haben. In den letzten zehn Jahren haben sich diese Zahlen nahezu verdoppelt. Noch deutlicher ist der Zuzug **in Brandenburg** sichtbar: Lebten dort im Jahr 2011 noch 8.152 Polinnen und Polen, **sind es inzwischen 23.980**.

Die Menschen aus Polen kommen als Studierende, aus familiären oder privaten Gründen, vor allem jedoch, um in Berlin und Brandenburg zu arbeiten: Es sind Fach- und Arbeitskräfte, die in der Medizin und Pflege, in der Logistikbranche, im Bereich der Bildung sowie in der Landwirtschaft tätig sind.

In den letzten Jahren hat sich mit dem Zuzug junger Polinnen und Polen eine immer aktiver werdende, **polnischstämmige Zivilgesellschaft** entwickelt, die sich einbringt und die Interessen und Belange der Polen vertritt. Dazu gehören insbesondere sozioökonomische Themen wie die Forderung nach fairen Arbeitsbedingungen oder das Recht auf einen Integrationskurs. Auch die Förderung der polnischen Herkunftssprache in Schulen ist für viele Familien wichtig.

Katarina Niewiedzial, Beauftragte für Integration und Migration des Berliner Senats: „Die vielen Polinnen und Polen in Berlin und Brandenburg sind ein Gewinn für unsere Region. Die Wirtschaft ist in vielen Bereichen auf sie angewiesen. Gerade die junge Generation lebt das EU-Freizügigkeitsrecht aktiv aus. Bei der Suche nach Wohnungen, fairer Arbeit und Teilhabe stoßen Polinnen und Polen aber immer wieder auf Probleme und Ausgrenzungsmechanismen. Als Polonia-Beauftragte von Berlin bin ich ihre Ansprechpartnerin und ihr Sprachrohr und setze mich in der Politik, aber auch in der Stadtgesellschaft für ihre Belange ein.“

Dr. Doris Lemmermeier, Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg:

„Im Flächen- und Grenzland Brandenburg stellt sich die Situation an manchen Stellen etwas anders dar als in Berlin. Viele Grenzpendlerinnen und -pendler arbeiten auf der einen und leben auf der anderen Seite der Oder. In meiner Funktion als Polonia-Beauftragte würde ich mir an manchen Stellen mehr Sichtbarkeit der Polinnen und Polen in Brandenburg wünschen, damit ihre Interessen noch besser berücksichtigt werden können.“

Der **am 17. Juni 1991 unterzeichnete deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag** bildet die Grundlage für die Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Er formuliert politische, wirtschaftliche und kulturelle Ziele für die Zusammenarbeit und ordnet das bilaterale Verhältnis in den gesamteuropäischen Kontext ein. Im Juni 2011 erklärte sich Deutschland bereit, sogenannte **Polonia-Beauftragte** zu benennen, die als Ansprechpartner des Bundes und der Länder für Polnischstämmige sowie Polinnen und Polen fungieren. Katarina Niewiedzial und Doris Lemmermeier haben diese Rollen in Berlin und Brandenburg inne.